

Kneer, Josef

Article — Digitized Version

Reaganomics - Elemente der amerikanischen Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kneer, Josef (1982) : Reaganomics - Elemente der amerikanischen Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 1, pp. 28-34

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135639>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Reaganomics – Elemente der amerikanischen Wirtschaftspolitik

Josef Kneer, Frankfurt

Mit dem Begriff Reaganomics wird die nach der Amtseinführung des Präsidenten Ronald Reagan verfolgte amerikanische Wirtschaftspolitik bezeichnet. Welche Elemente und theoretischen Konzeptionen kennzeichnen die Reaganomics? Worauf beruhen die Hoffnungen dieser unorthodoxen Politikmischung? Wie sind die Erfolgsaussichten zu beurteilen?

Die „neue“ Wirtschaftspolitik in den USA enthält – wenn man schon in ökonomisch-theoretischen Richtungen denkt – sowohl Elemente des Monetarismus als auch der neoklassischen und insbesondere der klassischen Theorie¹. Diese Kombination von zum Teil bekannten theoretischen Elementen mit neueren ökonomischen Erklärungsversuchen hat auch dazu geführt, daß die Reaganomics auch als neokonservative Wirtschaftspolitik bezeichnet wird, die parallel mit einer gleichgerichteten gesellschaftlichen Grundeinstellung verläuft^{2,3}.

Aus dem, was bisher aus dem sogenannten Revitalisierungsprogramm der Reagan-Administration zu erkennen ist, lassen sich primär drei Teilbereiche der Reaganomics kennzeichnen^{4,5}:

- ein modifizierter monetaristischer Ansatz,
- die Prämisse der Existenz der „Laffer-Kurve“ und
- die stärkere Berücksichtigung der Theorie der „rationalen Erwartungen“.

Der Monetarismus, der eng mit dem Namen Milton Friedman verbunden ist, basiert auf dem Paradigma eines langfristig stabilen privaten Sektors. Der Keynesia-

nismus mit seinen diskretionären Interventionen würde danach letztlich keine Stabilisierung der Wirtschaft bewirken; vielmehr löse er durch seine Eingriffe erst jene (externen) Schocks aus, die ein Gleichgewicht verhindern⁶.

Modifizierter Monetarismus

In der weitgehenden „Unwirksamkeit“ keynesianischer Stabilisierungspolitik seit Beginn der siebziger Jahre sahen die Monetaristen ihre These bestätigt. Basierend auf den Friedmanschen Untersuchungen fassen sie die Inflation ausschließlich als ein monetäres Problem auf. Mithin existiere langfristig auch kein „Trade-off“ zwischen der Inflationsrate und der Arbeitslosenquote. Langfristig sei die „Phillips-Kurve“ eine Parallele zur Ordinate (natürliche Arbeitslosenquote), da eine kurzfristig positive Wirkung einer expansiven Fiskalpolitik auf die Arbeitslosenquote wieder zunichte gemacht würde, sobald die Einkommensbezieher den Realeinkommensverlust bemerkten und nun ihrerseits zur Aufrechterhaltung des Realeinkommens eine nominelle Lohnerhöhung verlangten (Abbau der Geldillusion). Die Folge einer solchen Fiskalpolitik sei also eine gestiegene Inflationsrate bei einer konstanten (natürlichen) Arbeitslosenquote.

Aus diesem Zusammenhang deduzieren die Monetaristen ihre wirtschaftspolitische Empfehlung, die Wirtschaft primär durch eine Geldmengensteuerung zu stabilisieren. Die Idee des Monetarismus „... lebt von der

Josef Kneer, 32, Dipl.-Volkswirt und Dipl.-Ökonom, ist Mitarbeiter in der volkswirtschaftlichen Abteilung einer Großbank in Frankfurt.

Überzeugung, daß es die geldpolitisch verantwortliche Instanz, sprich Notenbank, in der Hand hat, durch sorgfältige Regulierung der „monetären Basis“ das Verhältnis von Geldmenge und Gütermenge in einer Volkswirtschaft so zu steuern, daß inflationäre Entwicklungen verhindert werden“⁷.

Aus diesem Grunde gibt eine Mehrzahl von Notenbanken Geldmengenziele vor. Abweichungen von diesen Zielen stellen ein Kriterium für den Einsatz geldpolitischer Instrumente dar. Eine streng „monetaristische – allein an Geldmengenzielen orientierte“ Geldpolitik, die sich nicht nur nach längerfristigen, sondern auch „... peinlich genau .. nach kurzfristigen Veränderungen der Geldmengengrößen M1-A und M1-B⁸ (richtet)“⁹, wird derzeit in den USA betrieben¹⁰. Der Zins¹¹ (bzw. die Zinspolitik), der innerhalb der keynesianischen Konzeption eine operative Position innehat, wird bei solch einer Politik mehr oder weniger als Residualgröße angesehen¹².

¹ Vgl. Arthur F. Burns : Revolutionäre Abkehr von J. Maynard Keynes, in: Handelsblatt Nr. 204 vom 23./24.10.1981; Willi Semmler : Von der Nachfrage- zur Supply-side-Orientierung, in: WSI-Mitteilungen, 34. Jg., 10/1981, S. 585-596.

² Parallelen zum „Thatcherismus“ in Großbritannien sind in vielen Bereichen feststellbar, obwohl zu Wahlkampfzeiten die Reagan-Mannschaft auf Distanz zur englischen Premierministerin und ihrer Politik bedacht war. Vgl. u. a. Hans Jürgen sen : Reagans Flitterwochen sind vorbei, in: FAZ vom 7. 10. 1981.

³ Diese neue Konzeption soll eine adäquate Antwort auf die heutigen wirtschaftlichen Probleme geben, die sich als Stagflation, d. h. Inflation und gleichzeitige Arbeitslosigkeit, kennzeichnen lassen. Vgl. u. a. Bruno Molitor : Ist die Wirtschaftspolitik am Ende?, in: FAZ vom 23. 10. 1981.

⁴ Einen informativen Überblick der neuen amerikanischen Wirtschaftspolitik stellen die Beiträge von R. Reagan, D. Regan, G. Gilder, E. Meadows, M. Weidenbaum, A. Chandler, O. Humpage, G. Shultz, P. A. Samuelson, S. Entin, R. Keleher und W. Orzechowski/J. Kristol in der Zeitschrift „Economic Impact“, Hefte 1-4 (1981) dar. In diesem Zusammenhang sei auch auf das inzwischen in deutscher Sprache vorliegende Buch von George Gilder : Reichtum und Armut – Für eine neue Wirtschaftspolitik gegen Bürokratie und Staatsallmacht, Berlin 1980, hingewiesen.

⁵ Daß die daraus deduzierten wirtschaftspolitischen Empfehlungen und Maßnahmen keine durchgängige und konfliktfreie Konzeption darstellen, zeichnet sich bereits nach einigen Monaten ab. So ergeben sich erhebliche Zweifel, ob die optimistischen Erfolgsprognosen der neuen Wirtschaftspolitik heute überhaupt noch – u. a. aufgrund externer Einflüsse – zu realisieren sind. Beobachter wollen selbst innerhalb der amerikanischen Regierung drei Denkschulen feststellen, die eine Koordination der zukünftigen Wirtschaftspolitik erschweren. Vgl. o. V. : Wirtschaftspolitische Meinungsstreit in der Administration Reagan – divergierende Lösungsvorschläge zur Zinsproblematik, in: Neue Zürcher Zeitung vom 29. 10. 1981; vgl. auch: Reginald Dale : From euphoria to uncertainty, in: Financial Times vom 8. 9. 1981.

⁶ Ein Hypothesentest, welcher Klarheit über die zugrunde liegende Erwartungsbildung der Wirtschaftssubjekte erlauben könnte, ist nicht möglich, denn der relevante Test hätte nach dem „with-and-without-Prinzip“ zu erfolgen und nicht als „before-and-after-Test“. Kritisch zur keynesianischen Stabilisierungspolitik vgl. Hans Bester : Keynes im Lichte der Erfahrungen der Nachkriegszeit, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 56. Jg. (1976), H. 7, S. 333-337; Jürgen Siebke : Reduzierung der Theorie durch Popularisierung, in: ebenda, S. 337-340.

⁷ Lothar Müller : Theorie und Praxis der Geldpolitik, in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 97 vom 2. 11. 1981, S. 6.

Als *modifizierter* monetaristischer Ansatz ist die monetäre Komponente der Reaganomics insofern zu bezeichnen, als deren Anhänger – im Gegensatz zu denen Friedmanscher Prägung – auch die *kurzfristige* Wirksamkeit der Geldpolitik im Hinblick auf reale Größen wie die Arbeitslosenquote bezweifeln. Diese Einschätzung basiert auf der Theorie der rationalen Erwartungen, die davon ausgeht, daß sich das Verhalten der Wirtschaftssubjekte an langfristigen Erwartungen und Trends orientiert und deshalb auch durch geldpolitische Maßnahmen keine temporäre Erwartungsänderung erreicht werden kann.

Goldstandard

Die logische Weiterentwicklung dieser geldpolitischen Konzeption ist die (Wieder-)Einführung eines Goldstandards, wie sie auch von Arthur Laffer vorgeschlagen wurde¹³. Ist es im Rahmen der streng monetaristischen Geldmengenpolitik noch Aufgabe der Notenbank, Abweichungen von dem Geldmengenziel (sofort) zu korrigieren, so soll mit der Einführung des Goldstandards nach den Äußerungen von Arthur Laffer und Robert Mundel u. a. zweierlei erreicht werden¹⁴:

□ Die Bindung der Geldversorgung an den Goldbestand soll als eine (öffentliche) Garantie für die *Qualität* des Geldes angesehen werden; auf diese Weise würde die „rationale“ Erwartungsbildung positiv beeinflusst (Verbesserung der „Geldqualität“).

□ Mit einer am Gold gebundenen Währung würde die Geldversorgung der Volkswirtschaft einer Automatik unterliegen. Die Notenbank wird dabei von den (kurzfristigen) geldmengenpolitischen Korrekturen befreit. Auch die staatliche Kreditaufnahme würde dieser Auto-

⁸ M1-A: Bargeld + Sichteinlagen; M1-B: M1-A + NOW-accounts + ATZ-accounts; M2: M1-B + Spar- und Termineinlagen unter 100 000 \$; M3: M2 + Spar- und Termineinlagen über 100 000 \$.

⁹ Lothar Müller, a.a.O., S. 7.

¹⁰ Zum Verhältnis Theorie und Praxis hinsichtlich der monetären Bestandteile des Programms vgl. Lothar Müller, a.a.O., S. 5 ff.

¹¹ Es bleibt unklar, welcher Zins heutzutage herangezogen werden soll (Geldmarktzins, Kapitalmarktzins usw.), da es *den* Zins nicht gibt. In diesem Zusammenhang spricht man daher auch mehr von dem allgemeinen Zinsniveau. Dieses wird jedoch auch von der Zinsstruktur bestimmt, so daß die Festlegung von Instrumenten im Rahmen der Zinspolitik häufig unsicher wirkt.

¹² Das derzeitige Niveau und die Entwicklung dieser Residualgröße Zins hat – wie oben erwähnt – bereits nach einigen Monaten dieser monetären Politik zu divergierenden Meinungen innerhalb der Reagan-Administration geführt. Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 29. 10. 1981.

¹³ Zur Untersuchung dieser Frage wurde eine „Gold-Kommission“ eingesetzt, die bereits im Oktober 1981 ihre Empfehlungen vorlegen sollte. Die Problemstellung ist jedoch umfangreicher als vielleicht von den Auftraggebern angenommen wurde, so daß der Kommissions-Bericht vermutlich erst im Jahre 1982 vorgelegt werden dürfte. Vgl. u. a. Financial Times vom 5. 11. 1981.

¹⁴ Vgl. Anthony Harris : Trying to escape the American nightmare, in: Financial Times vom 3. 9. 1981.

matik unterliegen. Der bisher bei einer (lediglich) institutionellen Trennung zwischen Regierung und Notenbank noch vorhandene Entscheidungsspielraum der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger würde dann dieser Automatik untergeordnet¹⁵. Die „Ineffizienz“ zusätzlicher staatlicher Nachfrage über eine Kreditaufnahme des Staates am Kapitalmarkt („Expectation“-crowding-out) sowie die Finanzierung durch Geldschöpfung könnte – so die implizite Annahme – vermieden werden. Klassifiziert man die wirtschaftspolitischen Maßnahmen nach der Eingriffsintensität und den verbleibenden (kurzfristigen) Entscheidungsspielräumen (diskretionäre Maßnahmen – Regelbindung – indikatorbindung), dann wird mit dem Goldstandard die derzeit verfolgte Regelbindung in der Geldpolitik vollends aufgegeben.

Die Geldversorgung der Volkswirtschaft wird beim Goldstandard also von der Entwicklung des Goldangebots determiniert. Ob dieser Plan letztlich eine Realisierungschance hat, muß angesichts der Erfahrungen und der Einwände gegen den Goldstandard sowie der weltwirtschaftlichen Anforderungen an das Währungssystem bezweifelt werden.

Laffer-Kurve

Die Steuersenkungen und Kürzungen der staatlichen Budgetausgaben (vor allem der Sozialausgaben) des Reagan-Programms müssen im Zusammenhang mit der Laffer-Kurve¹⁶, die auf den amerikanischen Ökonomen Arthur B. Laffer zurückgeführt wird, gesehen werden. Die besondere Bedeutung der Laffer-Kurve wird dann klar, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Auffassung die neuen angebotsorientierten Ökonomen von einer alternativen Wirtschaftspolitik haben und warum sich die Laffer-These in den USA – und nicht nur dort – so großer Beliebtheit bei den Politikern erfreut.

Setzt eine keynesianisch orientierte Politik nahezu ausschließlich an dem Aggregat gesamtwirtschaftliche Nachfrage an, so besteht die Alternative in der (Über-) Betonung der Angebotsseite. Dabei beruft man sich wieder auf das Saysche Theorem, wonach sich jede Produktion ihre Nachfrage selbst schafft¹⁷. Die Haupthemmnisse der Angebotsseite sieht man in einem Steuersystem mit relativ hohem Grenz-Steuersatz. Die angebotsorientierten Ökonomen diagnostizieren negative Einflüsse solch eines Steuersystems auf die Leistungsbereitschaft der Wirtschaftssubjekte. Als eine ursachenadäquate Lösung der gegenwärtigen wirtschaftli-

chen Probleme sehen sie daher eine radikale Steuersenkung an.

Die Diagnose und die dahinterstehende Laffer-Kurve ist zumindest sehr publizitätswirksam und kennzeichnet das politische Klima, in dem dieser These der entscheidende Durchbruch gelang; sie erklärt zum großen Teil den Wahlerfolg Reagans.

Die These von Arthur Laffer läßt sich an einem Diagramm veranschaulichen. Trägt man auf der Ordinate die Steuereinnahmen des Staates und auf der Abszisse den prozentualen Steuersatz ab, so beschreibt sie einen Zusammenhang zwischen den beiden Variablen, der sich in einer glockenförmigen Kurve widerspiegelt. Ausgehend von einem Steuersatz von 0, bei dem die Steuereinnahmen ebenfalls 0 sind, nehmen die Steuereinnahmen mit steigendem Steuersatz zunächst überproportional zu. Der hemmende Einfluß des höheren Steuersatzes auf die Leistungsbereitschaft der Wirtschaftssubjekte bewirkt dann abnehmende Grenzzuwächse der Steuereinnahmen; die Kurve verläuft flacher und erreicht einen Maximumwert. Bei weiter steigendem Steuersatz nehmen die Steuereinnahmen absolut wieder ab und erreichen bei einem Satz von 100 % wieder den Wert 0. Das Interesse an geldlich entlohnten wirtschaftlichen Aktivitäten ist also lahmgelegt. Zur Vermeidung der Steuer treten an deren Stelle reine tauschwirtschaftliche Aktivitäten.

Entscheidend für die Anwendung der Laffer-Kurve im Rahmen der wirtschaftspolitischen Beratung ist die Diagnose der aktuellen wirtschaftlichen Situation und ihre Zuordnung auf der Kurve. Die für die USA beschlossenen linearen Steuersatzsenkungen lassen sich einerseits so interpretieren, daß die Reagan-Administration davon ausgeht, daß sich die amerikanische Wirtschaft auf dem fallenden Ast der Kurve befinden muß. Die praktizierte Kombination von Steuersatzreduktion bei gleichzeitiger Verringerung der Staatsausgaben läßt andererseits auch eine andere Interpretation zu. Würde die Einschätzung, daß sich die Wirtschaft auf dem fallenden Ast der Kurve befindet, richtig sein, dann hätte dies eigentlich zu steigenden Steuereinnahmen führen müssen. Seit den Steuersenkungen¹⁸ ist jedoch das Gegenteil festzustellen. Die Steuereinnahmen sind – nicht zuletzt auch aufgrund des wirtschaftlichen Abschwungs – rückläufig. Daß der Einnahmerückgang von

¹⁵ Vgl. auch Wilhelm Seub: Warum die Amerikaner über einen Goldstandard nachdenken, in: FAZ vom 17. 10. 1981.

¹⁶ Vgl. auch Otmar Issing: Die Laffer-Kurve, in: WIST 8/1981, S. 384-386.

¹⁷ Auf die grundsätzlichen Kritikpunkte an diesem Theorem, das implizit auch schon Grundlage mancher Empfehlungen des Sachverständigenrates war, sei hier nicht eingegangen. Jedoch sei lediglich erwähnt, daß dieses Theorem von dem Vorhandensein des Geldes in einer Wirtschaft abstrahiert bzw. eine Neutralität des Geldes in einer Wirtschaft als realisiert ansieht.

¹⁸ Die beschlossene 25 %ige Steuersenkung ist über 33 Monate verteilt, daneben enthält das Programm eine beschleunigte Abschreibung für Gebäude (15 Jahre), Maschinen (5 Jahre) und Autos (3 Jahre).

den Reagan-Ökonomen antizipiert wurde, beweisen zumindest die komplementären, die Staatsausgaben senkenden Maßnahmen. Daß die Laffer-These im Kern dennoch als gültig angesehen wird, kann man erst dann ersehen, wenn man den dritten Teilbereich, den der rationalen Erwartungen, in die Überlegungen mit einbezieht.

Kritikpunkte

Zuerst soll jedoch noch auf einige Kritikpunkte hingewiesen werden, die im Zusammenhang mit derartigen Steuersatzreduktionen immer wieder genannt werden:

□ *Inflationsgefahr*: Von den Kritikern wird eingewendet, daß die Steuersenkung bei konstantem Volkseinkommen ein vergleichsweise höheres verfügbares Einkommen der privaten Haushalte zur Folge habe. Ein Teil davon trete nun als effektive Nachfrage am Markt auf, so daß es zu (nachfragedeterminierten) Preissteigerungen kommt. Diesem Einwand wird jedoch entgegengehalten, daß die gleichzeitige Reduktion der Staatsausgaben die effektive gesamtwirtschaftliche Nachfrage verringere und sich letztlich die beiden Wirkungen kompensieren. (Inwieweit diese Kompensation gelingt und eine Neutralisierung im Hinblick auf die Preissteigerungsrate erreicht wird, ist von mehreren Faktoren abhängig, und zwar von der Bedeutung der Demand-shift-Inflation, der Art der gesamtwirtschaftlichen Preisbildung, dem Konzentrationsgrad, der Marktmacht etc.) Darüber hinaus, so die Argumentation Laffers, sei der Einfluß auf die Inflationsrate eher umgekehrt, da ein Teil des zusätzlich verfügbaren Einkommens nicht für Konsumzwecke verausgabt werde, sondern via Ersparnis die Investitionen erhöhe. Die gestiegenen Produktionskapazitäten ermöglichen ihrerseits ein höheres Angebot, so daß der preissteigernde Effekt der zusätzlichen effektiven Nachfrage neutralisiert werde.

□ *Anpassungsdauer*: Weiter wird die Frage gestellt, wie lange der Anpassungsprozeß dauern wird, bis sich die positiven Effekte auf die wirtschaftliche Leistungsbereitschaft und Aktivität auswirken. Unter Berücksichtigung der rationalen Erwartungsbildung könnte man vermuten, daß die Anpassungsdauer nicht zu kurz sein dürfte. Dann ergibt sich jedoch das zusätzliche Problem der Feststellung, Quantifizierung und Beurteilung der zunächst negativen Anpassungslasten und der zeitlich später einsetzenden positiven Wirkungen auf die gesellschaftliche Wohlfahrt, ganz abgesehen von den kurzfristig auftretenden potentiellen gesellschaftlichen Konflikten und deren ungewissem Ausgang. Großbritannien bietet derzeit hierfür ein beredtes Beispiel.

□ *Verteilungsaspekte*: Dem Wirtschaftsprogramm wird schließlich vorgeworfen, daß Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit nur eine untergeordnete Rolle gespielt hätten. Die lineare Steuersatzreduktion führe absolut zu einer stärkeren Entlastung der höheren Einkommensgruppen; in Verbindung mit einer längerfristigen Anpassungsdauer würde dies eine einseitige Belastung der unteren Einkommensgruppen mit sich bringen, die gesellschaftspolitisch nicht zu vertreten sei. Darüber hinaus seien die unteren Einkommensgruppen von der Ausgabenreduktion überproportional betroffen, da in erster Linie die Sozialausgaben gekürzt worden sind.

Rationale Erwartungen

Die Theorie der rationalen Erwartungen (Muth, Lucas, Sargent, Wallace, Barro u. a.) hat in den siebziger Jahren zunehmende Beachtung gefunden. Der entscheidende Durchbruch gelang den „Rationalisten“ jedoch erst mit ihrer expliziten Nennung im Reaganschen Wirtschaftsprogramm.

Historisch erklärt sich dies u. a. wieder mit der (In-)Effizienz keynesianischer Stabilisierungspolitik. Die Glo-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Christian Wilhelms

MARKT UND MARKETING IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND - Exportleitfaden für Entwicklungsländer -

Großoktav, 203 Seiten, 1980, Preis brosch. DM 42,—

ISBN 3-87895-186-8

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

balsteuerung sei nach den Rationalisten ein schwacher Ansatz zur Beseitigung der (zunehmend) strukturellen Komponenten wirtschaftlicher Ungleichgewichte. Ebenso wie die Monetaristen kritisieren die Rationalisten die keynesianische Stabilisierungspolitik, da diese durch das Setzen von falschen Anreizen Instabilitäten erzeuge. Die Rationalisten gehen in ihrer Kritik sogar noch einen Schritt weiter als die Monetaristen: sie bestreiten nicht nur die Notwendigkeit der Stabilisierungspolitik, sondern sehen auch die Effektivität einer solchen Politik von vornherein als nicht gegeben an. Im Gegensatz zu Phelps und Friedman, so die Rationalisten, gelte die inverse Beziehung des modifizierten Phillips-Theorems auch kurzfristig nicht.

Das Manko der Makro-Theorie à la Keynes wurde dahingehend beseitigt, daß die Rationalisten-Schule neben den makroökonomischen Aussagen auch eine mikroökonomische Fundierung liefert. Zentraler Bestandteil dieser sich auch „New Classical Macro-Economics“ nennende Schule ist die These über die Erwartungsbildung. Es wird behauptet, daß die Individuen über ausreichende Kenntnisse und Prognosefähigkeiten verfügten, die es ihnen erlauben, nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch die wirtschaftspolitischen Steuerungsmaßnahmen zu antizipieren (feedback rule)¹⁹. In diesem Sinne liegt Rationalität dann vor, wenn das vorhandene Wissen bestmöglich genutzt wird²⁰.

In Erweiterung der extrapolativen, adaptiven oder autoregressiven Ansätze²¹, wonach sich die Erwartungen primär aufgrund von Daten der Vergangenheit bilden²², vollzieht sich die rationale Erwartungsbildung unter Berücksichtigung der Prognosen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute und einer Antizipation der Geld- und Fiskalpolitik. Da angenommen wird, daß die Kosten der Informationsbeschaffung für alle relevanten Informationsarten gleich sind, folgt daraus, daß „... die Erwartungen im Durchschnitt den Voraussagen der betreffenden ökonomischen Theorie entsprechen“²³. Bei

¹⁹ Vgl. Thomas J. Sargent, Neill Wallace: Rational Expectations and the theory of economic policy, in: Journal of Monetary Economics, Vol. 2 (1976), S. 169 ff.

²⁰ Vgl. Artur Woll: Keine neue Revolution in Sicht, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 57. Jg. (1977) H. 2, S. 60.

²¹ Vgl. u.a. Edgar L. Feige, K. Douglas Pearce: Economic Rational Expectations: Are Innovations in the Rate of Inflation Independent of Innovations in Measures of Monetary and Fiscal Policy?, in: Journal of Political Economy, Vol. 84 (1976), S. 499 ff.

²² Vgl. zu den beiden Konzeptionen der Erwartungsbildung Benda Anger: Neoklassisches Konzept: Die Friedmansche Erwartungshypothese, in: H. J. Ramser, B. Angehrn (Hrsg.): Beschäftigung und Inflation, Stuttgart, New York 1977, S. 16-23. Extrapolative Ansätze beschreiben die Erwartungsbildung als „distributed lags“ der Vergangenheit. Die adaptive Erwartungstheorie berücksichtigt Lernprozesse. Ein einfaches Muster einer solchen Erwartungsbildung kann z. B. so aussehen, daß die Individuen in einem Lernprozeß Fehlererwartungen mit einbeziehen, wobei der Lernprozeß auf einem Vergleich von tatsächlichem und erwartetem Variablenwert beruht.

entsprechend rationalem Verhalten können also keine Gewinne aufgrund von „besseren“ Informationen erzielt werden. Rational sind die Erwartungen bezüglich einer Variablen also dann, „... wenn sie von denselben Faktoren abhängen, von denen gemäß der ökonomischen Theorie diese Variable tatsächlich determiniert wird“²⁴. Dabei ist die Kenntnis des ökonomischen (Struktur-)Modells Bestandteil der *relevanten* Information²⁵.

Einwände gegenüber den stringenten modelltheoretischen Prämissen versucht man dahingehend zu entkräften, als man zu bedenken gibt, daß Wirtschaftspolitiker und Individuen ihr Wissen zum Teil aus den gleichen Quellen (z. B. Massenmedien) beziehen, so daß die „... stochastische Verteilung von Erwartungen im Durchschnitt bei den Privaten nicht schlechter sein muß als bei der relativ kleinen Zahl wirtschaftspolitischer Entscheidungsträger“²⁶.

Ordnungspolitischer Charakter

Werden die keynesianische Ungleichgewichtsanalyse und die daraus deduzierte Wirtschaftspolitik weitgehend von der Annahme einer temporären Erwartungsänderung (adaptiver Erwartungsbildung) der Wirtschaftssubjekte bestimmt, so versuchen die Anhänger der Schule der rationalen Erwartungen durch umfangreiche ökonometrische Tests zu belegen, daß die Wirtschaftssubjekte ihre Erwartungsbildung an langfristigen ökonomischen Trends orientieren. Die gewinn- und nutzenmaximierenden Marktteilnehmer sind danach also in der Lage, langfristig markträumende Gleichgewichtspreise und -mengen zu prognostizieren²⁷. Die Marktteilnehmer identifizieren die kurzfristig auftretenden Ungleichgewichte (immer) als Resultat von exogenen Schocks und Störungen, die jedoch kurzfristig nicht zu einer Erwartungsänderung führen.

Empirische Effekte im Rahmen einer Finanzpolitik werden als rein zufällig, d. h. außerhalb der Modellstruktur

²³ B. Angehrn, a.a.O., S. 21.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Muth spricht hier von der *relevanten* ökonomischen Theorie „... expectations, since they are informed predictions of future events, are essentially the same as the predictions of the relevant economic theory“. J. F. Muth: Rational Expectations and the theory of price movements, in: Econometrica, Vol. 29 (1961), S. 315-335, zitiert bei H. J. Ramser: Rationale Erwartungen und Wirtschaftspolitik, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Band 134 (1978), S. 58, Fußnote 6. Vgl. auch Helmut Wagner: Wirtschaftspolitik im Lichte rationaler Erwartungen, in: Konjunkturpolitik, 27. Jg. (1981), H. 1, S. 3.

²⁶ Artur Woll, a.a.O., S. 62.

²⁷ Der Gedanke eines statischen Gleichgewichts liegt nahe, so daß sich die Erwartungstheorie als eine Erweiterung der neoklassischen Gleichgewichtstheorie darstellt; dabei steht die rationale Erwartungsbildung stellvertretend für den Auktionator der walrasianischen Theorie. Vgl. u.a. H. Wagner, a.a.O., S. 4.

tur, betrachtet. Als Folgerung für die praktische Wirtschaftspolitik ergibt sich aus der rationalen Erwartungstheorie, daß die so gebildeten Erwartungen (und das daraus hervortretende faktische Verhalten) nicht durch temporäre wirtschaftspolitische Maßnahmen korrigiert werden können. Selbst politische Institutionen können durch das Setzen von Anreizen das ökonomische Verhalten der Marktteilnehmer nicht verändern.

Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Reagan'schen Programms haben daher auch mehr einen ordnungspolitischen Charakter. Für die aktuelle Wirtschaftspolitik wird gefordert, daß der Staat seine keynesianische (aktivistische) Stabilisierungspolitik des „Stop-and-go“ aufgibt und statt dessen eine stabile und auf Kontinuität ausgerichtete Wirtschaftspolitik betreiben sollte, die die Bindung rationaler Erwartungen erleichtert. Darüber hinaus wird, basierend auf dem Konzept einer „Free-market-economy“ und den damit der Angebotsseite zugedachten positiven Effekten, eine Zurückdrängung der staatlichen Einflußsphäre auf die Privatindustrie befürwortet, um so den Marktkräften wieder stärkere Gestaltungsmöglichkeiten zu verschaffen.

Prämissenkritik

In Anlehnung an die Literatur sollen einige Kritikpunkte an der rationalen Erwartungstheorie und ihren wirtschaftspolitischen Implikationen diskutiert werden:

□ *Vollständige Flexibilität bzw. zeitlose Anpassung der Löhne und Preise:* Die Rationalisten gehen davon aus, daß auch kurzfristig die Löhne und Preise vollständig flexibel sind. Nach allen Erfahrungen ist diese restriktive Prämisse jedoch nicht haltbar. Gordon²⁸, Phelps/Taylor²⁹ u. a. begründeten den weithin akzeptierten Einwand damit, daß wirtschaftspolitische Eingriffe auch bei mangelnder Preisflexibilität zu systematischen Mengenreaktionen führen können. Von den Verfechtern der rationalen Erwartungstheorie wurde dem allerdings entgegengehalten, daß sich am Ergebnis und den wirtschaftspolitischen Implikationen nichts ändert, wenn man – wie sie modelltheoretisch nachzuweisen versuchten – berücksichtigt, daß die Wirtschaftssubjekte die eingeschränkte Preisflexibilität in ihre rationale Erwartungsbildung mit einbeziehen. Folglich wären trotz unvollständiger Flexibilität der Löhne und Preise (da antizipiert) systematische Mengenreaktionen ausgeschlossen³⁰. Solch eine „verfeinerte“ Prämisse wäre dann jedoch an den Lohn-Preisbildungsprozessen („Bewegungsgesetz“ der Lohn-Preis-Spirale) empirisch zu prüfen. Daß auch diese „verfeinerte“ Prämisse nur einen Ausnahmefall repräsentiert, zeigt die Untersuchung von Barro³¹ über die realen Mengenreaktionen

auf einem kontraktbestimmten Arbeitsmarkt. Danach sind systematische Mengenreaktionen nur dann ausgeschlossen, wenn mit dem Kontrakt gleichzeitig das Arbeitsvolumen festgelegt wird.

□ *Absolut stabiles und starres Handlungsmuster der staatlichen Wirtschaftspolitik:* Die rationale Erwartungstheorie unterstellt völlige Transparenz und Antizipationsfähigkeit von staatlichen Entscheidungen und Reaktionen. Denn nur in einem solchen Fall können die Wirtschaftssubjekte die Ergebnisse heutiger (Investitions-)Entscheidungen richtig vorausbestimmen. Obwohl die programmatischen Formulierungen der politischen Parteien eine Prognose sicherlich erleichtern, verhalten sich soziale Gebilde wie Parteien, Regierungen, Notenbanken usw. in einem demokratischen Staat nicht gemäß eines solch starren Reaktionsschemas.

□ *Absolutheitsanspruch der ökonomischen Theorie:* Analog verhält es sich mit den ökonomischen Ergebnissen einer der Erwartungsbildung zugrunde liegenden ökonomischen Theorie. Die rationale Erwartungstheorie beinhaltet, daß die „relevante Theorie“ aus dem Konglomerat ökonomischer Theorien und das aus ihr abgeleitete Verhalten der Wirtschaftssubjekte ebenfalls einem starren Handlungsmuster unterliegen. Dies widerspricht jedoch einerseits allen bisherigen Erfahrungen und würde andererseits auch ein dynamisches Element kapitalistisch organisierter Märkte (Bewegungsgesetz) negieren. Auf die mikroökonomische Ebene übertragen hätte die rationale Erwartungsbildung zur Folge, daß alle innovativen Entscheidungen (erinnert sei an den Schumpeterschen Unternehmer) unterbleiben, da sie bereits antizipiert sind.

Keine grundlegend neuen Erkenntnisse

□ *Kostenlose Informationsgewinnung:* Die Rationalisten gehen von der Prämisse der kostenlosen Informationsgewinnung aus. Diese Prämisse wird dann angefochten, wenn man berücksichtigt, daß die Gewinnung der Informationen vom Informationsstand abhängig ist und eine weitere Informationssammlung mit steigenden Grenzkosten verbunden ist. Wenn man andererseits von unvollkommenen Informationen ausgeht bzw. die Kosten einer Informationsgewinnung mit einbezieht, können unter dem Aspekt kurzfristiger Prognosezeit-

²⁸ Vgl. R. J. Gordon: Recent Developments in the Theory of Inflation and Unemployment, in: Journal of Monetary Economics, Vol. 2 (1976), S. 185 ff.

²⁹ Vgl. E. S. Phelps, J. B. Taylor: Stabilizing Powers of Monetary Policy and Rational Expectations, in: Journal of Political Economy, Vol. 85 (1977), S. 163 ff.

³⁰ Vgl. Artur Woll, a.a.O., S. 62.

³¹ Zitiert bei Helmut Wagner, a.a.O., S. 5.

räume auch „Daumenregeln“ ausreichen³². Sollen diese „Daumenregeln“ auch bei längerfristigen Prognosezeiträumen ihre Gültigkeit behalten, stellt sich die Frage nach den Kriterien, nach denen diese Regeln aufgestellt werden. Wird in solchen Fällen auf Erwartungswerte zurückgegriffen – was naheliegt –, dann ließe sich die rationale Erwartungstheorie letztlich in die autoregressiven (extrapolativen, adaptiven) Ansätze integrieren. Von einer grundlegenden Erneuerung ökonomischer Erkenntnisse könnte dann keine Rede mehr sein.

□ *Objektive oder subjektive Wahrscheinlichkeitsverteilung:* Jeder Therapievorschlag sollte von einer Diagnose ausgehen. Soll die Therapie überdies Erfolg haben, dann müßte die Analyse zutreffend sein; andernfalls wäre die Zielerreichung höchstens ein Zufallstreffer. Als Analyseinstrument könnte die rationale Erwartungstheorie allenfalls für solche Situationen herangezogen werden, bei denen „Risiko“ vorliegt, d. h. für Situationen, für die definitionsgemäß eine objektive Wahrscheinlichkeitsverteilung angegeben werden kann. Ist zum Analysezeitpunkt die Situation durch „Unsicherheit“ gekennzeichnet, dann können nur subjektive Wahrscheinlichkeiten angegeben werden. In solch einem Falle kann es jedoch dazu kommen, daß auch „rational“ Handelnde zu differierenden Prognosen kommen, aus denen dann auch unterschiedliche Implikationen abgeleitet werden. Überträgt man diese Überlegungen zum Begriffspaar Risiko und Unsicherheit auf die aktuelle Situation, dann ist die Vermutung sicherlich nicht unberechtigt, daß die derzeitige Lage – auch angesichts der weltwirtschaftlichen Interdependenzen mit ihren strukturellen Ungleichgewichten – eher durch „Unsicherheit“ als durch „Risiko“ gekennzeichnet ist.

Aufgrund all dieser Einwände stellt sich dann allerdings die Frage, ob die rationale Erwartungstheorie überhaupt ein ausreichendes theoretisches Fundament für die aktuelle Wirtschaftspolitik bildet oder ob die theoretischen Erkenntnisse und die aus ihr zu ziehenden wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen nicht eine Ergänzung zur aktiven Stabilisierungspolitik darstellen. Dies gilt zumindest in „unsicheren“ Zeiten, in denen die Wirtschaftssubjekte mit unvorhersehbaren Entwicklungen, die nicht prognostizierbar sind, konfrontiert werden³³.

Den wissenschaftlichen Beitrag der rationalen Erwartungstheorie könnte man trotz der Einwände darin sehen, daß sie gegenüber den alternativen Erwartungskonzepten eine verbesserte Diskription von Lernprozessen darstellt. Dabei muß man sich jedoch – unter Be-

rücksichtigung der Theorieprämissen – vergegenwärtigen, daß eine Annäherung an die „wahre“ Erwartungsstruktur vom Stabilitätsgrad des ökonomischen Systems geprägt wird. Unter diesem Aspekt ließe sich die Erwartungshypothese der Rationalisten auch aus dem paradigmatischen Streitfeld „Stabilität vs. Instabilität des privaten Sektors“ herauslösen.

Erfolgsaussichten

Inwieweit die unter dem Begriff Reaganomics eingeleitete neue wirtschaftspolitische Orientierung – gemessen an den (welt-)wirtschaftlichen Problemen – erfolgreich sein wird, kann angesichts der relativ kurzen Zeitspanne seit ihrer Proklamation nicht abschließend beurteilt werden. Man kann jedoch feststellen, daß der weite Weg auf diesem wirtschaftspolitischen Kurs steiniger sein wird als von den Protagonisten anfangs vielleicht vermutet wurde. Die inzwischen sichtbaren Zielkonflikte insbesondere zwischen der Geld- und Fiskalpolitik, die Auswirkungen auf das Ausland sowie deren Rückwirkungen auf das gesellschaftlich-soziale Konfliktpotential geben eher zum Pessimismus Anlaß.

Besonders deutlich wird dies an dem proklamierten Ziel eines ausgeglichenen Budgets im Haushaltsjahr 1984. Entgegen den ursprünglichen Programmansätzen prognostiziert man nunmehr steigende Budgetlücken für die Jahre 1982, 1983 und 1984. Die erst drei Monate zuvor gemachten Prognosen über die Steuereinnahmen mußten bereits um mehrere 10 Mrd. \$ zurückgenommen werden. Um die Budgetlücke zu schließen, werden schon heute wieder Steuererhöhungen gefordert³⁴. Da dies jedoch einer Bankrotterklärung der Reaganomics gleichkäme, wird vorerst an den getroffenen steuersenkenden Maßnahmen festgehalten³⁵.

Die politischen Dimensionen bei der Realisierung des Zieles werden vollends deutlich, wenn man die Möglichkeiten einer weiteren Ausgabenreduktion berücksichtigt. So dürfte eine weitere Einschränkung bei den Sozialausgaben nicht ohne Verschärfung der sozialen Gegensätze möglich sein, und bei einer Beschränkung der zusätzlichen Rüstungsausgaben scheint man an die Grenzen des politisch Durchsetzbaren gelangt zu sein. Überdies steht der Kongreß – angesichts der im Jahr 1982 anstehenden Kongreßwahlen – weiteren Ausgabenreduktionen ablehnend gegenüber³⁶.

³⁴ Man vergleiche dazu die Äußerungen des Budgetdirektors David Stockmann.

³⁵ Eine politische Verschleierungs- und Verzögerungstaktik zeigt sich jedoch, wenn von der Administration gleichzeitig einnahmepolitische Maßnahmen, so beispielsweise eine Erhöhung der Verbrauchsteuern, ins Auge gefaßt werden.

³⁶ Vgl. u.a. Neue Zürcher Zeitung vom 10. Nov. 1981.

³² Vgl. H. J. R a m s e r: Rationale ..., a.a.O., S. 65.

³³ Vgl. Artur W o l l, a.a.O., S. 62.